



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Schrameier: Japan und China

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Japan und China

Von Geheimen Admiraltätsrat Dr. Schrammer



apans Vorgehen hat nach einer telegraphischen Meldung aus Rom die Vereinigten Staaten von Amerika aufs tiefste erregt. Seine Absicht, sich territorial in China auszubreiten, sei klar. In London mache der Alarm der New Yorker Presse großen Eindruck.

Über die Vorgänge in Ostasien gelangen nur sporadisch Nachrichten nach Deutschland. Vor einigen Tagen erfuhr die Frankfurter Zeitung aus Peking, daß zwei japanische Kreuzer vor Laitshoufu erschienen seien, um Truppen zu landen. Dieser Hafen liegt an der Nordküste Schantung, westlich von Tschifu. Es ist chinesischer Boden; eine etwaige Ausschiffung von Truppen würde also einen Neutralitätsbruch bedeuten. Ob China in der Lage und bereit ist, einer Verletzung der Neutralität mit der Waffe entgegenzutreten, ist schwer zu beurteilen. In diesem Zusammenhang gewinnen weitere Meldungen aus Washington, wonach Japan ein größeres Expeditionskorps ausrüstet, Bedeutung.

Sollte die Meldung auf Wahrheit beruhen, so liegt, da die Verschiffung der Truppen nach Europa trotz französischer Hilferufe allzu phantastisch erscheint, der Gedanke nahe, daß die Verwendung der Truppen sich gegen China richtet. Die von England, Rußland und Frankreich längst beabsichtigte Aufteilung Chinas würde durch einen Vorstoß Japans einer gewissen Lösung entgegengeführt werden.

Chinas Aufgabe würde sich damit verschieben. Nicht nur für die Ehre seiner Neutralität, sondern für die Sicherheit und den Bestand seines eigenen Reiches müßte es eintreten. Der Krieg würde damit auf den ostastatischen Schauplatz in weit größerem Umfange, als bis jetzt angenommen werden konnte, übergreifen.

Nun haben die Wühlereien gewisser Mächte, besonders Japans, hinter dem England stand, und Frankreichs, das offen seine Geldmittel hergab, China in den letzten Jahren in eine Reihe von Revolutionen gestürzt, an deren grausamen Folgen Regierung und Volk noch jetzt leiden. Die Zügel der Regierung liegen, wie wir wissen, in den Händen Yuan-schih-kais, eines begabten, kundigen und willensstarken Diktators. Nur äußerlich ist die tiefe Kluft, die zwischen dem Süd- und Nordchinesen besteht, überbrückt; große Bestechungsgelder waren nötig, um die Provinz Kanton während der letzten Revolution von einem tätigen Eingreifen gegen die Zentralgewalt abzuhalten.

Yuan-schih-kai vermag sich nur dadurch zu behaupten, daß er seinen Heerführern den Willen läßt und ihnen reiche Mittel zur Verfügung stellt. Genügen die Truppen auch, die Bevölkerung in Schach zu halten, so ist doch kaum daran zu denken, daß sie einem geschulten Gegner wie den Japanern, gewachsen sind, besonders zu einer Zeit, wo der Zusammenbruch des nur mühsam gefügten Riesenbaus durch irgendeinen äußeren Anstoß befürchtet werden muß. Denn darüber sollte man sich keiner Täuschung hingeben, daß trotz gemeinsamer Abstammung, Sprache und Sitte die Abneigung des Südens gegen den Norden vielfach dem Hasse gleichkommt. Die Verständnislosigkeit, mit der beide einander gegenüberstehen, hat sich in den letzten Jahren nur vertieft und die Erbitterung der Südchinesen durch das Einsetzen der Reaktion in Peking verschärft.

Würde Japan in diesem Augenblicke über China herfallen, so ist der Ausgang kaum zweifelhaft. Selbst, wenn ein direktes Einverständnis zwischen Japan und den Mächten der Triple-Entente und eine Abmachung über die Verteilung der Beute nicht vorliegen sollte, so sind die drei Mächte zurzeit doch so sehr in Europa gebunden, daß, falls Japan eigenmächtig handeln sollte, keine ihm in den Arm zu fallen vermag.

Nur eine Nation gibt es, die Einspruch erheben könnte, nämlich die Vereinigten Staaten von Amerika. Sie haben neben Deutschland an der Integrität Chinas bis jetzt das größte Interesse gehabt und sich als die wärmsten Fürsprecher einer Erhaltung der offenen Tür in diesem Völkergemisch erwiesen. Eine Verschiebung der Machtverhältnisse zu seinen Ungunsten würde das Volk auf den Plan rufen. In den Philippinen besitzt zudem Amerika eine Basis, von der aus ein Eingreifen sich unschwer bewerkstelligen ließe. Ohne Zweifel haben bereits Verhandlungen zwischen den beiden Mächten stattgefunden. Amerikanischen Telegrammen zufolge hat Japan versprochen, keine Gebiets-erweiterungen zu suchen und die Integrität der Republik zu wahren. Japan hat erklärt, in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des japanisch-englischen Bündnisvertrages handeln zu wollen, der sich zur Aufgabe stelle, die Interessen aller Mächte in China in gleicher Weise zu schützen.

Nun ist auch Deutschland eine vertraglich anerkannte Macht in China und die Überlassung gewisser Stützpunkte an verschiedene europäische Mächte beruhen auf den gleichen Voraussetzungen. Durch Schwächung des deutschen Einflusses

würde einer der wesentlichsten Faktoren der Gewähr für Chinas Integrität schwinden. Kein Mensch, der den Charakter der Japaner kennt, wird sich durch gewundene Erklärungen an ihren wahren Absichten irre machen lassen. Japan wartet ab und wird sicher verstehen, im rechten Augenblick einzugreifen. Bei der Unklarheit und Unbestimmtheit aller Meldungen, die nach Deutschland gelangen, läßt sich ein zutreffendes Urteil im Augenblick nicht fällen. Immerhin besteht Aussicht, daß Amerika sich für alle Fälle bereit hält.

Japans Schwäche liegt in seinem Geldmangel, in seiner finanziellen Abhängigkeit von England, sonst hätte es wohl schon längst gegen die amerikanische Republik zum Schwerte gegriffen; die Wogen der Erbitterung über den Ausschluß aus dem amerikanischen Kontinent sind manchmal recht hoch gegangen und die Vereinigten Staaten haben wenig dazu beitragen können, sie zu glätten. Die freundschaftliche Annäherung Japans an Mexiko im vergangenen Jahre hat die Stimmung nicht gebessert.

Den Fall eines Krieges zwischen Japan und den Vereinigten Staaten sieht das japanisch-englische Bündnis vom 13. Juni 1911 vor; es erleichtert die Möglichkeit eines solchen Krieges dadurch, daß England sich vorbehält, nicht gegen die Vereinigten Staaten als Verbündeter Japans das Schwert ziehen zu müssen. Es wird also entweder neutral bleiben, oder auf die Seite der Vereinigten Staaten treten, falls sein Vorteil es verlangt oder die Umstände es gebieten.

Wie es aber auch mit der Zuverlässigkeit der aus amerikanischen Blättern hierher gelangten Nachrichten bestellt sein mag, soviel ist gewiß, daß die allgemeine Lage eine Landung Japans in China und einen bewaffneten Angriff auf diese Macht durchaus in den Bereich der Möglichkeit stellt. Damit würden sich für die Wirkung des von England entfachten Weltbrandes sehr weite Perspektiven eröffnen.

Die Politik, die England seit Jahren Japan gegenüber verfolgt hat, beginnt sich zu rächen. Den dem Friedensschlusse von Schimonoseki zugrunde liegenden Bestrebungen, ein Gleichgewicht der Kräfte in Ostasien zu erhalten, hat es planmäßig entgegengearbeitet. Um Rußland in Nordchina und an den Grenzen Indiens sich selbst vom Leibe zu halten, hat es den japanisch-russischen Krieg ermöglicht. Durch sein Ansehen glaubte es, Japans Entwicklung seinen eigenen Wünschen entsprechend gestalten, vor allem eine ihm selbst gefährliche Machtausdehnung des japanischen Reiches nach Belieben hemmen zu können. Es war der Ansicht, das Land am Gängelbände zu halten; die Verbindung ging sogar so weit, daß die Reutersche Telegraphen-Agentur sich verpflichtete, von Japan nur amtlich zenferte Telegramme zu versenden, also eine Beeinflussungspolitik größten Stiles im Sinne Englands und Japans zu treiben.

Eine solche Politik war nur möglich, solange Englands Prestige unangetastet dastand. Daß England mit einer ungeschwächten Dauer dieses seines Prestiges rechnete, ist ein Zeichen arger Verblendung. Wenn neuerdings von

Unruhen auch in London über Japans letzte Schritte berichtet wird, so würde das bedeuten, daß dort die Erkenntnis aufdämmert, wie sehr Japan allmählich seinem Lehrmeister über den Kopf wächst. Wie an anderen Punkten der Welt, so liegt auch in Ostasien die Gefahr vor, daß England die Geister, die es rief, nicht mehr los wird.

Das ostasiatische Problem wird in eine neue Phase treten. Mehr als andere Länder hat England zu verlieren. Seine einseitige und eigenmächtige Politik wird, falls Japan einmal ihm nicht vorgeschriebene Bahnen wandeln sollte, sich an seinem eigenen Leibe am bittersten rächen.



## Englische Politik

Von Dr. E. Haendke



Der Aufstieg Englands zur weltbeherrschenden Seemacht vollzieht sich in etwa zweihundertundfünfzig Jahren, von den Tagen der Königin Elisabeth an bis zum Zweiten Pariser Frieden 1815. Im Laufe dieser Zeit sind die Engländer das erste See- und Kolonialvolk der Welt geworden unter einem gewaltigen Aufwand von Tatkraft und Arbeit. Nacheinander haben sie ihre Rivalen, Spanier, Holländer und Franzosen niedergedrückt und sich selbst an deren Stelle gesetzt. In diesen immerwährenden, mehr als einmal die ganze Existenz bedrohenden Kämpfen haben sie eine Politik ausgebildet, die für alle ihre Staatsmänner, welcher Parteischattierung sie auch angehören mochten, verbindlich war und wie ein Palladium von einer Generation zur anderen vererbt wurde. Die Grundsätze blieben dieselben, ihre Anwendung war verschieden je nach Zeitverhältnissen, Begabung und Temperament der leitenden Männer. Seine abgeschlossene Lage, die innige Verbindung eines jeden seiner Bürger mit dem Blühen und Welken von Handel und Industrie, sein parlamentarisches Regierungssystem, das Einflüsse von Koterien und Interessengruppen auszuschalten scheint, haben in der Verfechtung der äußeren Interessen ein so festes Band zwischen Regierung und Volk geschlungen, daß für einen Gegensatz kein Boden mehr ist. Gewiß hat es auch auf diesem Gebiete nicht an Opposition gefehlt, aber nur des Weges, nicht des Zieles wegen. So können in diesem rein parlamentarisch regierten Lande die Minister in den Fragen äußerer Politik mit einer fast autokratischen Machtvollkommenheit handeln. Man denke nur an den Kampf des jüngeren Pitt und seiner unmittelbaren Nachfolger gegen Napoleon den Ersten. Die Grundzüge dieser Politik sind einfach genug: sich ein Maß von Einfluß auch in